



⇒ Jens Hacke

## Die Trauer um den Wohlfahrtsstaat. Friedbert W. Rüb lässt die Politik verschwinden

Wie lässt sich ein Buch besprechen, das sich die Aufgabe stellt, ein ganzes Jahrhundert als Verfallsgeschichte der Politik zu begreifen? Friedbert W. Rüb hat mit seinem Gang in den Ruhestand das Herkules-Unternehmen vollendet, über sechshundert Seiten die Diversität des modernen Politikverständnisses zu entfalten und darzustellen, auf welche verschiedenen Weisen man Politik denken und konzipieren kann. Die Kompilation unterschiedlicher Ansätze und Zugänge zur Politik ist beeindruckend; sein Buch ist eine Fundgrube vieler erhellender Überlegungen und ähnelt einer anregenden Vorlesung (vermutlich hat sich Rüb aus seinem Fundus bedient), die kurzweilig den Scheinwerfer auf Interessantes oder Irritierendes richtet, das die Leserin dann – einmal in die Spur gesetzt – eigeninitiativ verfolgen kann. Kurz: All diejenigen, die den politischen Soziologen Friedbert W. Rüb als lebendigen und in nie erlahmender Neugier suchenden akademischen Lehrer und Kollegen erlebt haben, werden hier auf ihre Kosten kommen.

Rüb weiß sich dem Vermächtnis seines Freundes Michael Th. Greven verpflichtet, dessen Kategorie der »politischen Gesellschaft« er adaptiert (Greven 2009). Die »politische Gesellschaft« zeichnet sich durch ein spezifisches Steuerungsbewusstsein aus, denn sie ist nur als Ergebnis und Objekt (aber auch Akteur) politischer Gestaltung verstehbar. Das für viele schwer hinnehmbare Kompositum hebt die Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft, politisch und sozial, privat und öffentlich zwar weitgehend auf und trägt nicht immer zur Schärfung der Problemlagen bei. Aber der damit verbundene allumfassende Deutungsanspruch bietet sich fraglos für eine thematische *tour de force* an, welche die Konzeptualisierungen und Wirkungen von Politik in ganz unterschiedlichen Bereichen beobachtet und analysiert: Ver-

fassungspolitik, Politik der Massen, Sozialpolitik, Politik der Paranoia, Politik des Krieges und des Tötens, Friedenspolitik, Politik der Rationalität, Parteipolitik, Politikertypen, Politik der Bilder – Rüb spannt einen weiten Schirm, um die Erscheinungsformen

---

**Friedbert W. Rüb (2020):** Das Jahrhundert der Politik. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts im Licht ihrer Politikbegriffe, Baden-Baden: Nomos. 682 S., ISBN 978-3-8487-6613-0, EUR 138,00.

---

**DOI: 10.18156/eug-2-2021-rez-17**

moderner Politik dingfest zu machen. Gleichzeitig verursacht sein holistisches Verständnis von Politik, das auf eine kulturkritisch-pessimistische These vom Niedergang zusteuert, nicht wenige Irritationen.

Will man Rüb's Befund zusammenfassen, so kapituliert die moderne Politik vor den gewachsenen Kontingenz- und Komplexitätszumutungen der beschleunigten Gegenwart, denn die »politische Gesellschaft« scheitert letztlich an ihrer Manövrierunfähigkeit. Rüb scheint seine Diagnose lediglich auf die demokratischen Gesellschaften des Westens zu applizieren, wenn er am Ende schreibt: »Das Jahrhundert der Politik ist untergegangen und an seine Stelle ist ein neues getreten, dessen Konturen noch undeutlich sind und sich erst in seinem weiteren Verlauf herauschälen werden. Aber es könnte das Jahrhundert des Verschwindens der Politik werden.« (635) Diese Sätze ergeben nur Sinn, wenn man Rüb's Einschätzung teilt, dass die Steuerungsfähigkeit des nationalen Wohlfahrtsstaates aufgrund seiner zunehmenden Verflechtung mit globalen Governance-Regimen abnimmt und generell die demokratische Lenkung der Politik an Komplexitätszumutungen scheitert.

Einen vergleichbar nostalgischen Blick auf die *trente glorieuses* nach 1945 zeichnet Colin Crouchs *Postdemokratie* aus (Crouch 2008), und auch Wolfgang Streeck's Kritik an der Europäischen Union, verbunden mit seinem Eintreten für nationale Souveränität (Streeck 2021), geht in eine ähnliche Richtung. Ob es allerdings gerechtfertigt erscheint, die Krise supranationaler Governance schon als Verschwinden der Politik zu interpretieren, bleibt doch zweifelhaft. Wohl eher hat man es mit Paradigmenwechsel oder unterschiedlichen Registern der Politik zu tun, d.h. die institutionellen Arrangements wandeln sich, neue Handlungsebenen entstehen, treten nebeneinander, und die Verflochtenheit politischer Entscheidungsprozesse stellt neue Herausforderungen. Hätte Rüb einen seiner wesentlichen Referenzautoren, den Staatsrechtler Carl Schmitt, etwas weniger schematisch gelesen, dann wäre dessen These vom Ende der Staatlichkeit und dem Zeitalter der Neutralisierungen in Konflikt geraten mit der erwartbaren Politisierung immer neuer Gegensätze in neuen Handlungsfeldern. Die Ökologie- und Klimaproblematik zeigt an, dass sich ganz neue politische Konfliktlinien bilden können.

Rüb's Stärken, das gilt es hervorzuheben, liegen in seinem Blick auf Genese und Krisen des Wohlfahrtsstaates. Bei diesem Thema ist er

in seinem Element und markiert die bahnbrechenden Innovationen des 20. Jahrhunderts, etwa Thomas H. Marshalls Idee der sozialen Staatsbürgerschaft, mithilfe derer sich bürgerlicher, politischer und sozialer Status als interdependente und auf Gleichheit bezogene demokratische Essentials verstehen lassen. Vielleicht hätte Rüb die sozialdemokratische und zu Teilen auch sozialliberale Vision einer Politik der Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabermöglichkeit zum Leitmotiv seines Buches machen sollen. Dann hätte er seine Kompetenzen wirkungsvoller einsetzen und womöglich auch seine Grundthese überzeugender akzentuieren können. Vermutlich gibt es einige Evidenzen für die Überlegung, dass die »sozialpolitische Gestaltbarkeit von Gesellschaft« (269ff.) an ein Ende gelangt ist und dass bisherige Leitbilder des Wohlfahrtsstaates ihre politische Orientierungsfunktion verloren haben. Wenn neben den *working man* nun die Exkludierten oder prekär Beschäftigten getreten sind, deren Interessen sich kaum mehr in den politischen Formen des 20. Jahrhunderts als traditionelle Klassenkonflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abbilden lassen, muss das nicht heißen, dass soziale Fragen nicht mehr politisierbar sind. Sie lösen sich zwar von ihren klassischen Vorkämpfern in sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften ab, aber es darf damit gerechnet werden, dass in »politischen Gesellschaften« (die wir uns eben als moderne Demokratien vorzustellen haben) eine dauerhafte Marginalisierung und Diskriminierung von Teilen der Bürgerschaft zum Skandalon wird bzw. am normativen Anspruch gleicher Lebenschancen gemessen wird und politisches Engagement auslöst.

Eben weil sich Rüb in seinen überzeugendsten Darlegungen für die normative Basis wohlfahrtsstaatlicher Politik interessiert, wirken seine ausführlichen Darlegungen zum Totalitarismus, zu Konzentrationslager und Gulag, zum Schlieffenplan oder zur Bildpolitik deplatziert. Können wir den Nationalsozialismus oder den real existierenden Sozialismus in seinen sowjetischen, chinesischen oder kubanischen Varianten etwa auch als »politische Gesellschaften« ansehen? Wohl kaum. Wenn Rüb indes die Totalpolitisierung der Massen zum Thema macht oder an anderen Stellen über »wahnhaftige Machthaber« (275ff.) bzw. eine Politik der Paranoia sinniert, dann verliert er seinen eigentlichen Gegenstand aus den Augen.

Es darf außerdem verwundern, dass über die politischen Modi der Entscheidungsfindung in Demokratien nichts mitgeteilt wird. Man könnte meinen, dass das 20. Jahrhundert völlig ohne Parlamente ver-

laufen ist und keine komplexen Arrangements der Gewaltenteilung gekannt habe. Optimisten dürften daran festhalten, dass wahrscheinlich in der Reform- und Entwicklungsfähigkeit demokratischer Institutionen noch eine Hoffnung liegt, das von Rüb prognostizierte Verschwinden der Politik abzuwenden. Auch der von Rüb völlig ausgesparte Auftritt des Populismus im 21. Jahrhundert verweist eher auf Formen der Repolitisierung als auf den Advent einer Technokratie des Sachzwangs.

Die Idiosynkrasien eines Autors können sympathisch sein. Gern liest man über Albert Schäffle und seine Verflüssigung der Politik, die eine Popper'sche Piecemeal-Policy vorwegzunehmen scheint; auch über den ebenso sympathischen wie wirkungslos gebliebenen sozialen Kapitalismus Eduard Heimanns lässt sich die Leserin gern belehren. Es weckt generell Neugier, ein Buch über Politikbegriffe im 20. Jahrhundert zu lesen, das ohne John Rawls und Jürgen Habermas auskommt und stattdessen Robert Michels, Niklas Luhmann oder sogar Dolf Sternberger ausführlich diskutiert. Von Politikbegriffen im semantischen Sinn ist aber im eigentlichen Sinne nirgends die Rede, und die tieferen Gründe oder Erklärungsversuche für die verschiedenen Ansätze bleiben leider auch im Dunkeln – Denker treten unvermittelt auf und ab, leider ohne Berücksichtigung des ungefähren Forschungsstandes in der politischen Theorie.

Friedbert W. Rüb nennt sein voluminöses Buch einen Essay. Damit mag die ebenso couragierte wie manchmal tentative Weise des Zugriffs beschrieben sein, nicht aber die Textgattung, die doch gemeinhin die Hoffnung auf sprachlichen Gestaltungswillen und Eleganz in der Darstellung evoziert. (Allein der Titel drückt bereits eine gewisse Unbeholfenheit aus.) Ein straffendes Lektorat hätte dem Text gutgetan – und hätte dem Autor wohl auch geraten, vielleicht lieber zwei bis drei Bücher zu schreiben.

## ⇒ Literaturverzeichnis

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Greven, Michael Th. (2009): Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsion als Probleme des Regierens und der Demokratie, 2. aktualisierte Ausgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Streeck, Wolfgang (2021): Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.

---

Jens Hacke, \*1973, Prof. Dr. phil., Professur für Vergleichende Politische Kulturforschung, Institut für Kulturwissenschaften, Universität der Bundeswehr München (Jens.Hacke@unibw.de).

---

---

**Zitationsvorschlag:**

Hacke, Jens (2021): Rezension: Die Trauer um den Wohlfahrtsstaat. Friedbert W. Rüb lässt die Politik verschwinden. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-17> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialetik**

**2/2021: Friedensethik und Geopolitik**

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlender: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht